

Antworten von Annette Groth, Kandidatin der Partei DIE LINKE im Bodensee-Kreis, auf die Wahlprüfsteine von EAPPI

Frage: Ist in Ihren Augen die Beendigung der Besatzung eine Bedingung für einen gerechten Frieden für Israelis und Palästinenser?

Annette Groth: Selbstverständlich muss die israelische Besatzung in den 1967 besetzten Gebieten unverzüglich beendet werden. Dies meint sowohl die Westbank und den Gazastreifen, als es auch die Golanhöhen und Ostjerusalem mit einschließt. Dass israelische Regierungen über Jahrzehnte hinweg den Siedlungsbau gefördert haben und die internationale Gemeinschaft quasi beide Augen davor verschlossen hat, erschwert die Ausgangsvoraussetzungen für eine friedliche Lösung immens. Wenn es bei den aktuellen Friedensverhandlungen um den Gebietsaustausch von Siedlungsland gegen andere Gebiete zum Ausgleich dafür geht, muss die palästinensische Seite darauf bestehen, dass es sich um gleichwertiges, genauso fruchtbares Land handelt. Und mit Sicherheit muss die palästinensische Seite darauf bestehen, dass sie die volle Souveränität über die ihnen zugeteilten Gebiete, einschließlich Außengrenzen, erhält.

Gerade Ostjerusalem ist ein heikles Thema, sämtliche israelischen Regierungen seit 1967 haben ganz Jerusalem als ihre ungeteilte Hauptstadt für sich beansprucht. Der Siedlungsbau wird hier besonders vorangetrieben, Palästinenser mit allen Mitteln aus ihrer Heimat gedrängt. Aber eine gerechte Lösung der Jerusalemfrage ist der Schlüssel zum Frieden.

Die Frage der politischen Häftlinge in israelischen Gefängnissen ist ohnehin sehr heikel. Nach internationalem Recht ist – neben der Ansiedlung der eigenen Bevölkerung in besetztem Gebiet und dem Aufbau einer dauerhaften Infrastruktur dort – auch der Transfer der Bevölkerung aus den besetzten Gebieten in das Land des Besatzers illegal. Anstatt ab und zu „zum Anlass der Friedensverhandlungen“ guten Willen zu zeigen und ein paar Häftlinge freizulassen, müsste die israelische Regierung diese Praxis also eigentlich sofort beenden.

Es ist völlig klar, dass Israel auf die Palästinenserinnen und Palästinenser zugehen muss, dass es die israelische Seite ist, die in der Pflicht ist – anstatt immer wieder von den Palästinensern zu fordern, sich auf Verhandlungen ohne Vorbedingungen einzulassen. Aber die Reaktion der israelischen Regierung auf die letzte EU-Richtlinie zu den besetzten Gebieten hat leider allzu deutlich gemacht, dass in dieser Hinsicht nicht viel zu erwarten ist. Benjamin Netanyahu sagte, man werde sich doch nicht vorschreiben lassen, wie man seine Grenzen zu ziehen hat. Das lässt nichts Gutes erahnen.

Frage: Halten Sie die Zwei-Staaten-Lösung weiterhin für realistisch und erstrebenswert? Wenn JA: Welche Schritte sollte die zukünftige Bundesregierung unternehmen, um diese Lösung zu unterstützen? Wenn NEIN: Welches Szenario halten Sie für realistischer oder eher erstrebenswert?

Annette Groth: Wäre die israelische Regierung bereit, die hierfür notwendigen Zugeständnisse zu machen, bzw. eigentlich muss man sagen: ihre völkerrechtswidrigen Praktiken und die völkerrechtswidrige Besatzung vollständig und in aller Konsequenz zu beenden, wäre die Zwei-Staaten-Lösung möglich und sicher auch erstrebenswert.

Zugleich machen die Fakten vor Ort eine solche Lösung sehr unwahrscheinlich. Die israelischen Siedlungen sind inzwischen zu regelrechten Städten geworden und wachsen immer weiter. Hinzukommt das Netz von Siedlerstraßen (für Palästinenser ist es verboten, sie zu benutzen), das sich durch die Westbank zieht. Und auch die Frage des Gebietsaustauschs ist schwierig, eine solche

Lösung wäre nur dann annehmbar, wenn es sich um gleichwertiges Land handeln würde. Und es bleibt die Frage der Außengrenzen: Israel besteht „aus Sicherheitsgründen“ darauf, alle palästinensischen Außengrenzen weiterhin zu kontrollieren. Das ist natürlich für keinen Staat der Welt hinnehmbar. Und wie überhaupt sollten Westbank und Gazastreifen miteinander verbunden werden? Die Zwei-Staaten-Lösung bleibt nur dann eine Option, wenn ein lebensfähiger palästinensischer Staat dabei entsteht. Das wäre bei allen aktuellen Vorschlägen kaum der Fall. Und auf Seiten der israelischen Regierung sind kaum Anzeichen wahrzunehmen, dass sie tatsächlich Interesse an einem lebensfähigen palästinensischen Staat hätte.

Sowohl in der israelischen als auch in der palästinensischen Zivilgesellschaft mehren sich die Stimmen, die sich für die Lösung eines Staates, in dem alle Bürgerinnen und Bürger gleiche Rechte innehaben und miteinander leben, aussprechen. Ihr Vorbild ist die Transformation des von der Apartheid geprägten Südafrika. Letztlich müssen die Menschen vor Ort selbst entscheiden, welche Lösung für sie die richtige ist. Da sollten wir als Außenstehende ihnen nicht hereinreden.

Frage: Wie sollte die zukünftige Bundesregierung auf den Tatbestand des zunehmenden illegalen israelischen Siedlungsbaus in der Westbank bei gleichzeitiger Verweigerung des Rechts auf Wohnraum für Palästinenser in den C-Gebieten reagieren?

Annette Groth: Alle bisherigen Bundesregierungen haben sich ganz klar viel zu wenig dafür eingesetzt, dass den Palästinensern ihre völkerrechtlich verbrieften und von den Vereinten Nationen in zahlreichen Resolutionen verankerten Rechte zu Teil werden. Hier ist eine deutliche Neuausrichtung der deutschen Politik nötig, sonst macht sich Deutschland unglaubwürdig.

Es muss international mehr Druck auf die israelische Regierung ausgeübt werden, damit sie sich endlich an das Völkerrecht hält. Die C-Gebiete sind Teil palästinensischen Gebiets in den Grenzen von 1967 und müssen als solche behandelt werden, das haben EU und UNO immer wieder betont. Die israelische Regierung steht in der Verantwortung, Siedlungsaktivitäten in den besetzten Gebieten zu unterbinden. Dass die israelischen Regierungen den Siedlungsbau stattdessen aktiv fördern, läuft dem Völkerrecht zuwider.

Frage: Wie sollte die Bundesregierung Ihrer Meinung nach reagieren, wenn den Bestrebungen deutscher Entwicklungspolitik derart rigide entgegengetreten wird?

Annette Groth: Die Bundesregierung muss ihren israelischen Kolleginnen und Kollegen sehr deutlich machen, dass eine Zerstörung von Projekten, die mit Steuergeldern aus Deutschland finanziert wurden, nicht akzeptiert wird. Die Weigerung israelischer Behörden, für solche Projekte auf palästinensischem Gebiet Baugenehmigungen zu erteilen oder allein die Androhung, solche Projekte zu zerstören, sind ebenfalls inakzeptabel.

Frage: Halten Sie es für akzeptabel, dass Israel verschiedene rechtliche Standards an die Behandlung jüdischer oder palästinensischer Kinder anlegt? Wo sehen Sie Möglichkeiten für die deutsche Politik, diesem Unrecht entgegenzutreten?

Annette Groth: Die ungleiche Behandlung israelischer und palästinensischer Kinder verstößt massiv gegen völkerrechtliche Standards. Die israelische Regierung verstößt mit ihrer Praxis der Inhaftierung Minderjähriger (teilweise sogar administrativ, ohne Beweise vorzulegen und die Betroffenen anzuklagen) gegen die Kinderrechtskonvention. Zudem gibt es immer wieder Berichte, dass palästinensische Kinder misshandelt werden und auch ihr Transfer in Gefängnisse im israelischen Kernland verstößt gegen das Völkerrecht. Hier werden Kinder traumatisiert und damit der Grundstein für eine Fortführung des Nahostkonflikts gelegt. Das kann doch auch nicht in israelischem Interesse sein und muss durch die Bundesregierung kritisiert werden!

Gerade die besondere Beziehung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel macht es geradezu notwendig, hier einzuschreiten. Ich höre immer wieder und gerade von Israelis, die Aufgabe von Freunden sei es doch nicht, zu schweigen. Sie begreifen es als Aufgabe von Freunden wie Deutschland, zu kritisieren und auf diejenigen Missstände hinzuweisen, mit denen Israel sich selbst in Gefahr bringt (vielleicht ohne es zu bemerken). Diese Aufforderung und diesen Rat von israelischen Bürgerinnen und Bürgern sollte sich die Bundesregierung endlich zu Herzen nehmen, wenn sie ihrer Verantwortung wirklich gerecht werden will.

